

Beschluss



Leitantrag

Wut, Entrüstung und Widerstand brauchen eine Perspektive

Die Kampffelder der DKP im Rahmen der antimonopolistischen Strategie

Der 22. Parteitag hat die antimonopolistische Strategie der Kommunistinnen und Kommunisten theoretisch begründet und bekräftigt. Er schätzte ein, dass die Arbeiterklasse weltweit und in Deutschland mit einer sich verschärfenden Offensive des Monopolkapitals konfrontiert ist. Für die Abwehrkämpfe gegen diese Offensive ist die Arbeiterklasse aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke, ihres prinzipiellen Gegensatzes zum Monopolkapital und ihrer zentralen Stellung im Produktionsprozess die entscheidende Kraft. Die Herausbildung von Klassenbewusstsein in den Kämpfen gegen die Monoploffensive ist die grundlegende Aufgabe der DKP. Hier sieht sie ihr Hauptkampffeld.

Das nächste strategische Ziel der Kommunistinnen und Kommunisten ist es, die Offensive des Monopolkapitals in einzelnen Bereichen zu bremsen und zu stoppen und längerfristig eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zu Ungunsten des Monopolkapitals zu erreichen. Das meinen wir mit einer Wende zu Frieden und Abrüstung, zu demokratischem, sozialem und ökologischem Fortschritt. Dabei gehen wir davon aus, dass Fortschritte im Kapitalismus nicht dauerhaft gesichert werden können und der Kampf für die sozialistische Umwälzung weitergeführt werden muss. Mit diesem Dokument wollen wir Kampffelder bestimmen, in denen wir es für möglich halten, dass sich die Arbeiterklasse punktuell aus der Defensive befreien und die Offensive des Monopolkapitals durchkreuzen kann.

1 Internationale Kräfteverhältnisse

2

3 In den zwei Jahren seit dem 22. Parteitag bestätigte sich dessen Einschätzung, dass die unüber-
4 windlich scheinende Überlegenheit des imperialistischen Lagers Risse zeigt. Die Offensive des Mo-
5 nopolkapitals verläuft weniger reibungslos.

6

7 • Die USA sind nach wie vor die stärkste ökonomische, politische und militärische Macht des
8 imperialistischen Weltsystems. Ihre herrschende Klasse ist bestrebt, den Abstieg des US-Impe-
9 rialismus als Hegemon einer unipolaren Weltordnung aufzuhalten. Dem dient die Strategie der
10 Eindämmung der Volksrepublik China, der Russischen Föderation und anderer nach selbstbe-
11 stimmter Entwicklung strebender Staaten, die sich dem Diktat der imperialistischen Staaten wi-
12 dersetzen. Kriege, Sanktionen, Sabotage, militärische Einkreisung, Interventions- und Kriegsdro-
13 hungen sind Elemente dieser Aggressivität. Von den USA und dem US-geführten Militärbündnis
14 NATO geht die Hauptkriegsgefahr aus, einschließlich der Gefahr eines existenzbedrohenden ato-
15 maren Weltkrieges.

16

17 • Kriege, die Zerstörung von Lebensgrundlagen und -perspektiven, imperialistische Unterdrückung,
18 Ausbeutung und kapitalistische Konkurrenz töten Zehntausende, zwingen Dutzende Millionen Men-
19 schen zu Flucht und Migration. Der Imperialismus nutzt die von ihm verursachte Flucht und Migrati-
20 on zur Destabilisierung von Ökonomien und zur Erhöhung der Konkurrenz unter den Ausgebeuteten.

21

22 • Die Volksrepublik China und die Russische Föderation stehen aktuell der aggressiven Politik der
23 führenden NATO-Staaten entgegen, ohne dabei selbst ähnlich aggressiv zu handeln. Ihre Politik
24 verfolgt im Wesentlichen das Ziel der Einhaltung des Völkerrechts, der Respektierung nationaler
25 Souveränität, von Kooperation statt Konfrontation sowie von Stabilität statt bewusster Zerstö-
26 rung von Staaten und einer multipolaren Weltordnung. Damit stellen sie den Dominanz-Anspruch
27 der führenden imperialistischen Staaten in Frage. Dies trug zuletzt wesentlich dazu bei, dass ein
28 Regime-Change in Syrien und somit drohende Zustände wie in Libyen oder dem Irak sowie ein
29 reaktionärer Putsch gegen die fortschrittliche venezolanische Regierung verhindert wurden.

30

31 • Die EU unter Vorherrschaft des deutschen Imperialismus ist eng mit der NATO verzahnt. Unter
32 deutscher und französischer Führung agiert sie aber auch eigenständig im Kampf um Einfluss in
33 der Welt, zum Teil arbeitsteilig mit dem US-Imperialismus, zum Teil im Widerspruch zu ihm.

34

35 • Aufgrund von Konkurrenz und notwendig ungleichmäßiger Entwicklung der EU-Länder nehmen
36 die inneren Widersprüche der EU zu. Sie bleibt in einen reichen Kern und ärmere östliche und
37 südliche Peripherien gespalten. Rechtes Gedankengut kann sich in einzelnen europäischen Län-
38 dern weiter ausbreiten. Rechte Parteien nutzen die Ängste und Sorgen der Bevölkerung aus und
39 können mit entsprechenden Parolen Wählerstimmen akquirieren.

40

41 • Die EU wird durch den Brexit geschwächt. Die Instabilität der Eurozone hält an. Frankreich und
42 Deutschland als die Führungsmächte der EU rivalisieren miteinander und sind innenpolitisch
43 angeschlagen. Davon zeugen in Frankreich die Gelbwestenbewegung und in beiden Ländern
44 die Krise der „traditionellen“ bürgerlichen Parteien. Insbesondere in Deutschland gelingt es aber
45 weiterhin, die Arbeiterklasse, die teilweise ökonomisch von der führenden Rolle des deutschen
46 Imperialismus profitiert, in das Projekt EU einzubinden.

47

48 • Die deutsche Bourgeoisie möchte über die EU zur Weltmacht aufsteigen und ist zwischenzeitlich
49 zur ökonomisch und politisch dominanten Macht der EU geworden. Dennoch steht der deutsche
50 Imperialismus vor massiven Problemen: Die 30 DAX-Konzerne erzielen 22 Prozent ihres Umsat-
51 zes in den USA, aber bereits 16 Prozent ihres Umsatzes in China - mit steigender Tendenz. Nur
52 über die EU kann die deutsche Bourgeoisie hoffen, politisch stark genug zu sein, um dem von
53 den USA durch Sanktionen und andere Strafmaßnahmen ausgeübten Druck, zu widerstehen,
54 sich zwischen beiden Märkten entscheiden zu müssen. Gleichzeitig hat die deutsche Politik die
55 EU mit ihrer Exportwalze, der rigorosen Austerität und dem hemmungslosen Streben nach Vor-
56 herrschaft selbst destabilisiert.

- Mit der auf Kosten der Arbeiterklasse durchgesetzten Agenda 2010 hat die Bourgeoisie die deutsche Wirtschaft in einem einzigartigen Ausmaß vom Warenexport abhängig gemacht. Die deutsche Exportwalze hat die Industrie der europäischen Nachbarstaaten ruiniert und dort Arbeitslosigkeit und Verschuldung in gigantische Höhen getrieben. Das schlägt jetzt auf Deutschland zurück durch sinkende Absatzmöglichkeiten, wachsende Zerfallsprozesse in der EU und das Anheizen chauvinistischer Bewegungen durch die herrschenden Klassen der an die Wand gedrückten Nachbarstaaten. 57
58
59
60
61
62
63
64
- Die einseitige Exportorientierung der deutschen Wirtschaft wird sich jetzt rächen. Der sich verschärfende Handels- und Sanktionskrieg der USA in Verbindung mit dem beginnenden neuen konjunkturellen Krisenschub wird die deutsche Wirtschaft, allen voran die Autoindustrie, voraussichtlich in starkem Ausmaß treffen. Auf die Arbeiterklasse kommen neue Massenentlassungswellen zu und der Versuch der Herrschenden, die Lasten des Niedergangs durch Lohn- und Sozialabbau auf sie abzuwälzen. Insbesondere mit den Umbrüchen in der Automobilindustrie und im Energiesektor (zum Beispiel der Ausstieg aus der Braunkohle) ist das Risiko des Verlustes von zigtausend Arbeitsplätzen enorm gestiegen. 65
66
67
68
69
70
71
72
73
- Wesentliches Moment der Strategie des deutschen Imperialismus ist die bewusste Einordnung in die NATO-Politik und die Kriegspolitik des US-Imperialismus. Entsprechend seines besonderen ökonomischen Gewichts strebt der deutsche Imperialismus einen größeren Einfluss innerhalb des Militärbündnisses NATO an und forciert die EU-Militarisierung. Das deutsche Monopolkapital bleibt trotz forcierter Aufrüstung im Windschatten des US-Imperialismus, um seine expansiven Interessen im Weltmaßstab durchzusetzen. 74
75
76
77
78
79

Die internationale Entwicklung, deren weiterer Verlauf noch nicht absehbar ist, birgt Gefahren durch die zunehmende Aggressivität des imperialistischen Lagers, aber auch Chancen für die Friedens- und antiimperialistischen Kräfte. 80
81
82
83

Aufgabe der Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland

Die DKP agiert in erster Linie in diesem Land. Ihr Hauptgegner ist die deutsche Monopolbourgeoisie, der deutsche Imperialismus. Der Widerstand gegen die Macht des deutschen Monopolkapitals ist im Interesse aller Werktätigen in Europa und weltweit. Er ist internationalistisch, weil Erfolge der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen werktätigen Schichten in diesem Land den Spielraum des deutschen Imperialismus bei der Ausplünderung anderer Länder einschränken. 84
85
86
87
88
89
90
91

Streiks und außerparlamentarische Bewegungen haben in unserem Land in den vergangenen Jahren zugenommen. Im Gesundheitswesen und in der Altenpflege kämpfen Beschäftigte für menschenwürdige Arbeitsbedingungen, für mehr Zeit für Patientinnen und Patienten sowie Betreute. Im boomenden Internethandel wehren sich Teile der Beschäftigten gegen ihre prekäre Lage. In der Automobilindustrie nimmt die Angst der Belegschaften zu, durch Digitalisierung und die sich anbahnende Ablösung des Verbrennungsmotors durch alternative Antriebe, zum Beispiel durch den Elektroantrieb, unter die Räder zu kommen. Im Dienstleistungsbereich werden durch die Digitalisierung ganze Arbeitsbereiche wegfallen. Mieterinnen und Mieter gehen für das Recht auf bezahlbares Wohnen und gegen die sich verschärfende Situation im Wohnungssektor auf die Straße. Es entstanden Bewegungen gegen Überwachung und Zensur im Internet. Diese Bewegungen richten sich bewusst oder unbewusst gegen die Profitinteressen und die Macht der Banken und Konzerne. 92
93
94
95
96
97
98
99
100
101
102
103
104

Die Propaganda zur Sicherung der Hegemonie des westlichen Imperialismus, die Dämonisierung Russlands, des Iran, Syriens, Kubas, Venezuelas und der Volksrepublik China, das Pochen auf „westliche Werte“ lassen sich immer weniger mit den Erfahrungen der Menschen in Einklang bringen. Das führt zu Widersprüchen, zu Glaubwürdigkeitsproblemen und zu Vertrauensverlust in die Herrschenden und ihre Parteien. Es ist die Aufgabe von Kommunistinnen und Kommunisten, diese Widersprüche deutlich zu machen. 105
106
107
108
109
110
111

Die herrschende Klasse versucht diese Unsicherheiten, die Perspektivlosigkeit und daraus resultierende Bewegungen für ihre Interessen zu vereinnahmen und zu instrumentalisieren. Sie versucht die Ausgebeuteten über Bestechung und Sozialpartnerschaft in die Strategie ihrer Herrschaftssicherung zu integrieren. Teilen der Klasse werden Zugeständnisse gemacht, ihnen wird suggeriert, 112
113
114
115

116 dass sie besser gestellt seien, wenn sie die herrschende Klasse als Partner und nicht als Gegner
117 betrachten.

118
119 Gleichzeitig wächst die Repression und Teile der Klasse werden durch das Schüren von Rassismus
120 und Nationalismus gegeneinander ausgespielt. Das gefährliche Erstarken neofaschistischer Kräfte
121 und rassistischer Organisationen, das Erstarken der AfD sind nicht die Ursachen der umfassenden
122 Rechtsentwicklung, sondern Instrumente innerhalb der vom Monopolkapital und seiner Regierung
123 betriebenen Rechtsentwicklung. Die Spaltung der Arbeiterklasse lenkt von den Ursachen und Verur-
124 sachen sozialer und politischer Probleme, von Kriegen, Umweltkrise, Armut und Verfolgung ab. Der
125 entscheidende Faktor, um dem entgegenzusteuern, ist es, die Klassenfrage zu stellen.

126
127 Darum ist die nächstliegende Aufgabe der DKP, ihre Verankerung in der Arbeiterklasse und die
128 Entwicklung proletarischen Klassenbewusstseins zu fördern, den gemeinsamen Gegner in Gestalt
129 des Monopolkapitals bewusst zu machen und für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die
130 Verbindung von Arbeiterbewegung und antimonopolistischer Bewegung zu wirken. Es geht darum
131 eine gemeinsame antimonopolistische Stoßrichtung der Kämpfe an die Stelle des Gegeneinander-
132 ausspielens zu setzen. Nur gemeinsam lässt sich die Offensive des Monopolkapitals durchkreuzen,
133 lassen sich der Einfluss der Lobbyisten und die Macht der Konzerne, Banken, Großaktionäre und
134 der Finanzoligarchie zurückdrängen.

135
136 Diese Veränderung des Kräfteverhältnisses ist notwendig, um den Weg zur revolutionären Überwin-
137 dung des Kapitalismus, den Weg zum Sozialismus zu öffnen. Das setzt die Erringung der politischen
138 Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Werktätigen voraus. Diese Macht muss genutzt
139 werden, um die wichtigsten Produktionsmittel, Grund, Boden und Finanzkonzerne zu vergesell-
140 schaften und planmäßig mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung und Ökonomie
141 zu beginnen.

142
143 In dieser Situation halten wir es für notwendig, die Kampffelder genauer zu bestimmen, an denen wir
144 Bruchpunkte in der Offensive des Monopolkapitals für möglich halten. Brüche, die wir für möglich
145 halten, stehen noch keinesfalls für einen Hegemoniewechsel. Sie stehen für die Möglichkeit, in ein-
146 zelnigen Kampffeldern die durchgängige Offensive des Monopolkapitals zu behindern, zu erschweren
147 und eventuell zu durchkreuzen. Solche Brüche können, müssen aber nicht der Beginn eines Bruchs
148 mit der Offensive des Monopolkapitals sein und damit der Beginn einer Wende zu Frieden und Ab-
149 rüstung, zu demokratischem, sozialen und ökologischen Fortschritt.

150
151

152 **1. Für Frieden und Völkerfreundschaft**

153

154 Der deutsche Imperialismus agiert immer aggressiver nach innen und außen. Er ist zur forcierten
155 Ausbeutung gezwungen, um der Tendenz des Hegemonieverlustes des imperialistischen Lagers
156 entgegenzuwirken und in der sich vertiefenden innerimperialistischen Konkurrenz zu bestehen. An-
157 gesichts der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Entwicklung verstärkt sich dieser Drang.

158

159 Vorherrschend im deutschen Monopolkapital sind derzeit die Kräfte, die ihre eigenen Klasseninter-
160 essen am besten an der Seite der USA und in Frontstellung gegen die Volksrepublik China und die
161 Russische Föderation aufgehoben sehen. Diese reaktionärsten und aggressivsten Kräfte innerhalb
162 der Monopolbourgeoisie und ihre jeweilige Bundesregierung steigern durch den NATO-Truppenauf-
163 marsch an der russischen Grenze, durch Unterstützung der US-amerikanischen Globalstrategie, die
164 Kriegsgefahr und gefährden die Sicherheit der Menschen in Europa und weltweit.

165

166 Mit der Aufkündigung des INF-Vertrages droht eine massive Aufrüstung mit atomaren Mittelstreck-
167 raketensystemen, die Russland und die VR China einkreisen sollen und die entsprechende Gegenmaß-
168 nahmen zur Folge haben müssen. Dadurch wäre die Welt noch näher am atomaren Abgrund, als sie
169 es in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts war.

170

171 Von den NATO-Staaten geführte Kriege in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten – ob direkt be-
172 teiligt oder über Stellvertreter – haben das Ziel der neokolonialen Beherrschung bzw. der Zerschla-
173 gung von Staaten. Resultate sind hunderttausende Tote, millionenfaches Leid, Zonen der Armut,

Instabilität und Unsicherheit und damit Fluchtursachen. Verwundungen, posttraumatische Belastungsstörungen und der Tod von Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten, die in diese völkerrechtswidrigen Kriege geschickt werden, sind einkalkuliert. Mittel des Krieges zur Rekolonialisierung sind zunehmend auch Cyberkriege, Drohnen und weitere Elemente elektronischer Kampfführung. Wie in den Kolonialkriegen des 19. Jahrhunderts setzen imperialistische Mächte auf überlegene Waffentechnik.	174 175 176 177 178 179 180
Die Monopolbourgeoisie zwingt der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung immense Zahlungen für das NATO-Aufrüstungsziel von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf. Aufrüstung, Auslandseinsätze der Bundeswehr, die Bindung an den US-Imperialismus und die Konfrontation mit Russland einschließlich der Feindbild-Propaganda im Medien-Mainstream widersprechen den Interessen der übergroßen Mehrheit der Menschen in unserem Land.	181 182 183 184 185 186
Die DKP sieht ihre Aufgabe darin, gemeinsam mit allen Friedenskräften diesen Interessengegensatz in wirkungsvollen Widerstand gegen die Macht der Monopole, für eine Wende zu Frieden und Abrüstung zu verwandeln. In diesem Sinne unterstützt die DKP die Kämpfe der Friedensbewegung:	187 188 189 190
• für das Verbot von Rüstungsexporten	191 192
• für Abrüstung, die Kürzung des Militäretats und die Überführung der Rüstungsunternehmen in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle zur Umstellung der Produktion auf ausschließlich zivile Güter	193 194 195 196
• für die Schließung aller NATO- und US-Militärbasen und -kommandos und den Stopp des US- und NATO-Truppenaufmarsches in Osteuropa, für den Austritt aus dem EU-Kriegsbündnis PESCO	197 198 199
• für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und die Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Atomwaffenverbotsvertrages durch die BRD	200 201 202
• für die Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr	203 204
• gegen die Rekrutierung und Kriegsmobilisierung der Bundeswehr in Schulen, Hochschulen, Arbeitsagenturen, zivilen Einrichtungen und im öffentlichen Raum	205 206 207
Jede Teilforderung hin zu einer friedlichen Außenpolitik kann nur gegen das Monopolkapital durchgesetzt werden. Jede Schwächung der Kräfteverstärker der deutschen Monopolbourgeoisie – der imperialistischen Bündnisse NATO und EU – ist zu befördern und mit der Perspektive des Kampfes um Aufkündigung der Mitgliedschaft zu verbinden. Insbesondere ein NATO-Austritt Deutschlands, verbunden mit der Kündigung des Stationierungsvertrags ausländischer Streitkräfte in der BRD, wäre ein schwerer Schlag für den Imperialismus insgesamt. Ohne diesen NATO-Austritt wird es keine Wende zum Frieden geben.	208 209 210 211 212 213 214 215
In diesem Sinne konzentriert sich die DKP auf den Kampf	216 217
• gegen eine neue Hochrüstung mit atomaren Mittelstreckenraketen, die sich zur Zeit vor allem gegen Russland und die VR China richten	218 219 220
• gegen jegliche Aufrüstungspläne der Bundesregierung, insbesondere der Aufrüstung aufgrund der NATO-Vorgabe von 2 Prozent des BIP	221 222 223
• gegen jegliche Art von NATO-Truppentransporten durch dieses Land und die Finanzierung der dazugehörigen Infrastruktur	224 225 226
• für die Schließung aller NATO- und US-Militärbasen und -Kommandos und den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland	227 228
• gegen den Aufbau einer EU-Armee – insbesondere gegen die Zusammenarbeit im Rahmen von PESCO	229 230

231 Notwendig für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und anderer nicht monopolistischer Schichten
232 und Klassen ist die Zurückweisung von Versuchen, die Friedensbewegung zu spalten – ob unter
233 dem Deckmantel der Bekämpfung angeblicher Verschwörungstheorien, dem häufig fehlgeleiteten
234 Vorwurf einer „Querfront“ oder durch reale Vereinnahmungsversuche durch reaktionäre und faschis-
235 tische Kräfte. Voraussetzung einer wirksamen Mobilisierung für eine Wende zum Frieden ist statt-
236 dessen die Sammlung derjenigen in den Reihen der Friedensbewegung, die sich vom herrschenden
237 Lager und der von bestimmenden Kräften des deutschen Monopolkapitals forcierten Aufrüstungs-
238 und Konfrontationspolitik abwenden und die bereit sind, gemeinsam gegen Krieg, Aufrüstung und
239 Großmachtstreben aktiv zu werden. Dazu brauchen wir eine Friedensbewegung, die den Kampf
240 gegen die deutsche Kriegspolitik, die Kriegspolitik der NATO und die Militarisierung der EU führt
241 und dabei die Verbindung der Friedensfrage zu den alltäglichen sozialen Bedürfnissen der Mehrheit
242 herstellt. Die DKP will ihren Beitrag leisten, um die Kräfte zu stärken, die für eine solche Orientierung
243 arbeiten.

244
245 Der Konsens der Friedensbewegung ist und bleibt „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“. Da-
246 bei setzt sich die DKP aktiv ein für Freundschaft und antiimperialistische Solidarität mit den Völkern,
247 die im Fadenkreuz des imperialistischen Lagers stehen – insbesondere dem russischen und chine-
248 sischen.

249
250

251 **2. Für einen bewohnbaren Planeten – Der Kampf um die Umwelt – Für den** 252 **Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen**

253

254 Der durch Umweltzerstörung und kapitalistischen Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen
255 forcierte Klimawandel stellt die Menschheit vor enorme Herausforderungen zur Bewältigung dieser
256 existenziellen Krise. Unter anderem sind tiefgreifende und umfassende Maßnahmen im Verkehrs-
257 wesen und in der Bereitstellung und Speicherung von Energie notwendig. Angesichts der verhee-
258 renden Auswirkungen von Rüstungsindustrie und Militär auf das Klima ist weltweite Abrüstung das
259 Gebot der Stunde. Jede in Waffenproduktion, Rüstungsbeschaffung und Militärmanöver investierte
260 Milliarde fehlt bei der Finanzierung effektiver Klimaschutzmaßnahmen.

261

262 Der Staat begegnet diesen Herausforderungen mit dem Bestreben der profitablen Absicherung der
263 Verwertungsbedingungen insbesondere der Großkonzerne, der Entwicklung von Technologiefüh-
264 rerschaft als nationalem Standortvorteil sowie dem Abwälzen von Umstrukturierungskosten auf die
265 werktätige Bevölkerung.

266

267 Die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung wird somit zur doppelten Belastung für die Arbeiter-
268 klasse. Die Arbeiterklasse ist es, die mangels individueller Schutzmöglichkeiten unter den Auswir-
269 kungen der Klimaveränderung besonders leidet, und sie ist es, der die Kosten für eine wirkungslose
270 und verfehlte Klimapolitik – zum Beispiel in Form der CO₂-Bepreisung - aufgebürdet werden.

271

272 Die zerstörerische Ausbeutung der natürlichen Ressourcen setzt die Überlebensfrage der Gattung
273 Mensch – nicht nur, aber insbesondere auch für Kommunistinnen und Kommunisten – auf die Ta-
274 gesordnung.

275

276 **Für eine nachhaltige Verkehrspolitik**

277

278 Ein bedeutender und planbarer Faktor zur Verkehrsreduzierung ist das Ermöglichen kurzer Wege
279 durch Sicherstellung von Nahversorgung, wohnortnahen Arbeitsplätzen und sozialer Infrastruktur.
280 Neben dem Ausbau von barrierefreien und attraktiven Gehwegen, Überquerungshilfen und von An-
281 lagen für den Radverkehr ist der öffentliche Personenverkehr ausschlaggebend. Allein durch des-
282 sen Instandsetzung, seinen konsequenten Ausbau und die Verlagerung des Güterverkehrs auf die
283 Schiene und auf das Wasser ließen sich 20 Prozent der in den Klimaschutzzielen geforderten CO₂-
284 Reduzierung in Deutschland erreichen.

285

286 Durch die Privatisierungspolitik der letzten Jahrzehnte ist das System Schiene kaputt gespart wor-
287 den. Im Interesse des Monopolkapitals wurde der Individualverkehr gefördert und Güter- und Per-
288 sonenverkehr auf die Straße verlagert. Das Umstellen des Individualverkehrs auf Elektroautos ver-

bessert die Situation nicht grundsätzlich. Stattdessen muss der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) flächendeckend intensiviert und kostenlos vorgehalten werden.	289 290 291
Die DKP fordert ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen und 90 km/h auf Bundesstraßen. Das wäre ein guter Beitrag zur Verringerung des CO2-Ausstoßes.	292 293 294
Die DKP setzt sich für die Umwandlung der Deutschen Bahn AG und der privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen in eine einheitliche öffentlich-rechtliche Unternehmensform ein und fordert die Finanzierung des Ausbaus eines ticketfreien öffentlichen Personennah-, Regional- und Fernverkehrs in öffentlicher Trägerschaft.	295 296 297 298 299
Nötig sind die Instandsetzung der Schieneninfrastruktur durch ein öffentliches Investitionsprogramm und die Wiederinbetriebnahme und Instandsetzung der stillgelegten etwa 6.500 Streckenkilometer insbesondere im ländlichen Raum und in Ostdeutschland.	300 301 302 303
Für eine Energiewende	304 305
Eine Energiewende ist global und national notwendig. Eckpunkte sind dezentrale Erzeugung, Nachhaltigkeit, die zügige Abkehr von der Verbrennung fossiler Brennstoffe und das Beenden der Energiegewinnung aus atomarer Kernspaltung. Das geht nur, wenn die Energieversorgung global und national nicht länger als Ware behandelt wird. Das gilt ebenso für Emissionen und Abfälle der Energieanlagen. Deshalb muss der Kampf vor allem um das Zurückdrängen des Einflusses und der Macht der Energiekonzerne geführt werden. Sie sind Hauptverursacher der Zerstörung der Umwelt und müssen für die Folgen zahlen.	306 307 308 309 310 311 312 313
Kernpunkt der Energiewende ist die Verstaatlichung der Energiekonzerne unter demokratischer Kontrolle.	314 315 316
• Die Dividenden, die in den letzten zehn Jahren ausgezahlt wurden, sind zu beschlagnahmen, solange es sich bei den Empfängern nicht um kommunale Haushalte oder Klein- und Belegschaftsaktionäre handelt.	317 318 319 320
• Dieses Geld und das Vermögen der Konzerne sind in einen nationalen Energiefonds zu überführen, unter anderem um Forschung und den Einstieg in die Vorrangstellung der Nutzung nicht fossiler und nichtatomarer Energieträger zu bewerkstelligen.	321 322 323 324
Die DKP setzt sich für einen gesetzlichen Preisstopp unter demokratischer Kontrolle und letztlich für die bezahlbare Grundversorgung mit elektrischer Energie ein.	325 326
Die Energieversorgung gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Strom muss bezahlbar bleiben.	327 328 329
3. Der Kampf um die Verteidigung gefährdeter demokratischer Rechte	330 331
In der momentanen Etappe der Offensive der Monopole gegen die Arbeiterklasse und andere Werktätige tritt die Tendenz des Imperialismus zur Reaktion nach innen immer deutlicher zu Tage. Das äußert sich unter anderem durch die Nähe staatlicher Organe wie Polizei und Verfassungsschutz zu rechten Strukturen, die bis zur aktiven Unterstützung oder der Duldung von Nazis und ihren Netzwerken in der Bundeswehr reicht.	332 333 334 335 336 337
Angesichts der sich zuspitzenden Widersprüche im internationalen Konkurrenz- und Klassenkampf werden alle gesellschaftlichen Bereiche und Potentiale für die Absicherung der Profitinteressen des Monopolkapitals mobilisiert und ihnen untergeordnet. Die Tendenz staatsmonopolistischer Eingriffe äußert sich in direkten Angriffen auf die demokratischen Rechte.	338 339 340 341 342
Entgegen der Propaganda des „schlanken Staates“ braucht die Monopolbourgeoisie den Staat mehr denn je:	343 344

- 345 • Staatsmonopolistische Eingriffe wie Bankenrettungsschirme, das Abwälzen der Kosten des Um-
346 baus der Industrie, zum Beispiel der Automobilindustrie, die forcierte Aufrüstung oder die Enteignung
347 öffentlichen Eigentums sind charakteristische Merkmale der momentanen Kampfperiode.
348 Sie dienen den Interessen der Großkonzerne, Banken und Versicherungen, dem Monopolkapital.
349 Die Kosten und Lasten werden auf die Werktätigen abgewälzt. Damit richten sich diese Eingriffe
350 objektiv gegen die sozialen und demokratischen Rechte der Arbeiterklasse, aber gleichzeitig
351 auch gegen die Interessen einer überwältigenden Mehrheit des Volkes.
352
- 353 • Gesetzliche Eingriffe in das ohnehin nur rudimentär vorhandene Streikrecht, der Abbau von demokratischen
354 Grundrechten wie der Meinungs- und Pressefreiheit, des Versammlungs- und Demonstrationsrechts,
355 die Kriminalisierung und Behinderung von Antifaschistinnen und Antifaschisten und ihrer Organisationen
356 wie der VVN-BdA, die zunehmende Einschränkung der Befugnisse von Parlamenten, die Verschärfung der
357 Polizeigesetze bis hin zur systematischen ideologischen Manipulation der Bevölkerung durch das
358 Bildungswesen und durch staatliche und private Massenmedien – das sind aus Sicht der Monopole und
359 ihrer politischen Vertreter notwendige – zum Teil auch präventive – Maßnahmen für einen reaktionären
360 Staatsumbau. Mit diesen Mitteln soll die forcierte Kriegspolitik und Ausplünderung des gesamten
361 Volkes ungehindert gewährleistet werden.
362
- 363 • Das alles geht einher mit einer maximal alibimäßigen Abgrenzung der bürgerlichen Parteien und
364 des Staates nach rechts. Die AfD dient als Stichwortgeber und wird höchstens in Lippenbekenntnissen
365 bekämpft, wenn sie die Macht der sonstigen bürgerlichen Parteien bedroht. So wird die Klasse
366 weiter gespalten und die Macht der Herrschenden erhalten.
367
- 368 • Im Gesamtinteresse des Monopolkapitals sind Funktionäre des Staatsapparates daran beteiligt,
369 Kader einer derzeit in Reserve befindlichen faschistischen Massenbasis zu organisieren, zu trainieren
370 und zu schulen. Zur Vorbereitung auf einen Faschisierungsprozess werden Organisationen aufgebaut bzw.
371 reaktiviert, die für alle Bestandteile der nichtmonopolistischen Schichten entsprechende Demagogiemodelle
372 aufweisen. Die Kader einer späteren tatsächlichen Faschisierungsstrategie werden gesammelt.
373
- 374
- 375 • Das Monopolkapital setzt darauf, die Angriffe auf die sozialen und demokratischen Rechte der
376 Arbeiterklasse und der anderen nichtmonopolistischen Schichten mit freiwilliger Unterordnung
377 durchzusetzen. Das geschieht mittels bürgerlich-demokratischer Methoden und umfasst schärfere
378 soziale Angriffe und Gegenoffensiven, politische Angriffe wie die diversen proimperialistischen
379 „Antisemitismus-Beschlüsse“ und ideologische Angriffe wie den EU-Antikommunismusbeschluss.
380 Auch Bewegungen wie „Fridays for Future“ sollen dafür, vor allem von den Grünen, missbraucht
381 werden. Allseitig werden die Manipulationsapparate ausgebaut.
382

383 Die Verteidigung der sozialen und demokratischen Rechte gegen die Interessen der Monopole ist
384 der Hauptinhalt des demokratischen und antifaschistischen Kampfes. Bestandteil dieses Kampfes
385 ist zunehmend auch die Verteidigung demokratischer Rechte gegen Eingriffe und Regelungen des
386 undemokratischen Projekts EU.
387

388 **Der Kampf um Mitbestimmung und demokratische Kontrolle in Betrieb und Kommune**

389

390 Bestimmend für die momentane Etappe ist die systematische Privatisierung, das heißt Enteignung,
391 öffentlichen Eigentums. Sie war die Ursache der damaligen erdrutschartigen Deindustrialisierung
392 auf dem Gebiet der DDR in direkter Folge der Konterrevolution wie auch der anhaltenden Zerschlagung
393 weiter Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge in der gesamten heutigen BRD.
394

395 Telekommunikationsnetze, Post, Schienenverkehr, Autobahnen, kommunale Energieunternehmen,
396 Gesundheits-, Bildungs-, Kultur- und Wohnungssektor – überall ist eine Privatisierung abgeschlossen
397 oder im Gange. Sie ist nötig, um das Bedürfnis der Monopolbourgeoisie zu befriedigen, Extra-
398 profite in der Reproduktionssphäre zu sichern. Diese Raubzüge spielen sich auf unterschiedlichen
399 Ebenen des Staates (Bund, Länder, Gemeinden) und in unterschiedlichen Formen ab. Nicht selten,
400 wie bei der Deutschen Bahn oder kommunalen Krankenhäusern, tritt der Staat durch die Umwandlung
401 des Betriebs in ein privatrechtliches Unternehmen selbst als Kapitalist auf. So unterschiedlich

Privatisierungen im Konkreten verlaufen, so ist ihnen doch gemein:	402
	403
• Sie richten sich in zweifacher Hinsicht gegen die sozialen Interessen der Arbeiterklasse. Zum einen gegen die Kolleginnen und Kollegen der von Privatisierung betroffenen Betriebe; zum anderen gegen die gesamte Arbeiterklasse und andere nichtmonopolistische Klassen und Schichten als Nutzer der öffentlichen Daseinsvorsorge. Im Gegensatz zur Bourgeoisie sind sie vollständig auf diese Leistungen angewiesen.	404 405 406 407 408 409
• Sie sind Kennzeichen des fortschreitenden Demokratieabbaus, weil die Monopolbourgeoisie immer mehr Einfluss auf immer größere Teile der Wirtschaft und Gesellschaft erlangt. Das betrifft Bereiche, die noch vor einigen Jahrzehnten zu den wirtschaftlichen Kernaufgaben des Staates in der BRD zählten. Insbesondere das im Grundgesetz verankerte Recht auf demokratische Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden wird zunehmend außer Kraft gesetzt.	410 411 412 413 414 415
Die DKP sieht im Kampf gegen Privatisierungen einen wesentlichen Hebel, die sozialen und demokratischen Interessen des arbeitenden Volkes gegen die Offensive der Monopolbourgeoisie zu verteidigen und gleichzeitig in diesem Kampf Widerstand gegen die Monopole zu formieren. Die DKP wendet sich dabei gegen jede Form der Privatisierung, inklusive der Umwandlung von öffentlich-rechtlichen in privatrechtliche Unternehmensformen im Besitz öffentlicher Körperschaften, mit entsprechenden Profitinteressen. Eine weitere Form der Privatisierung sind sogenannte Öffentlich-Private Partnerschaften. Sie sind zu verbieten, da sie einzig und allein der Maximierung der Profite des privaten Partners dienen.	416 417 418 419 420 421 422 423 424
Für einen sozialen und demokratischen Fortschritt misst die DKP der öffentlichen Wirtschaftstätigkeit und der gezielten Ausweitung des öffentlichen Eigentums an den Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge, dem Wohnungswesen und den Hauptproduktionsmitteln eine entscheidende Bedeutung bei. In diesem Sinne setzt sich die DKP für Verstaatlichungen von Betrieben und Rekommunalisierung ein – unter der Maßgabe, dass sie einhergehen mit einer wirksamen Mitbestimmung und Kontrolle durch Belegschaften, Gewerkschaften und die Bürgerinnen und Bürger. Verstaatlichungen, insbesondere Entschädigungsregelungen, dürfen nicht zu einer zusätzlichen Bereicherung der Monopole führen.	425 426 427 428 429 430 431 432 433
Dabei setzt die DKP darauf, ihre grundsätzliche Ablehnung des bürgerlichen Staates als Instrument der Monopole mit konkreter und konstruktiver Politik im Interesse der Werktätigen zu verbinden. Wir suchen nach Feldern, in denen wir die Interessen der Werktätigen konstruktiv aufnehmen und sie mit einer antimonopolistischen Schlagrichtung versehen können. Wir nennen das antimonopolistische Alternativen. Ein besonderes Feld, auf dem wir das aktuell anwenden wollen, ist die Ökologienpolitik. Hier wollen wir Kämpfe initiieren und mitführen, in denen wir die Interessendifferenz zwischen den Monopolen und den Werktätigen als Ausgangspunkt nehmen. Dabei müssen unsere Anknüpfungspunkte möglichst konkret und die Forderungen kleinschrittig genug, nämlich dem Bewusstseinsstand angepasst, sein. So sind wir zum Beispiel für kommunale Energieversorgung und können über die Frage, nach welchen vor allem ökologischen Maßstäben produziert wird, an aktuelle Umweltbewegungen anknüpfen und daran aufgehängt weitergehende demokratische Forderungen, zum Beispiel nach Mitbestimmung, einbringen. Es geht um eine Interessenverknüpfung zwischen den demokratischen Massenbewegungen und nichtmonopolistischen Schichten im gemeinsamen Kampf gegen die Monopole.	434 435 436 437 438 439 440 441 442 443 444 445 446 447 448
Der Kampf für die Verteidigung demokratischer Rechte	449 450
Der Angriff auf demokratische Rechte durch die politischen Vollstrecker der Monopole begleitet die BRD seit ihrer Gründung. Genauso lang ist der Kampf der Arbeiterbewegung dagegen und zur Verteidigung ihrer Eingriffsmöglichkeiten im Klassenkampf: Vom Kampf gegen das KPD-Verbot und die Wiederbewaffnung über den Widerstand gegen die Notstandsgesetze, den Kampf gegen die Berufsverbote bis zu den Abwehrkämpfen der Arbeiterklasse gegen den forcierten Abbau der mühsam erkämpften Rechte und Errungenschaften in Betrieb und Gesellschaft (unter anderem dem Widerstand gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen) und dem Kampf gegen neofaschistische Organisationen. In der momentanen Etappe setzen die Monopolvertreter verstärkt auf staatliche Repression und umfassende Manipulation, um jeglichen Widerspruch gegen die Monopoloffensive zu unterbinden.	451 452 453 454 455 456 457 458 459

460 Bestandteile dieses reaktionären Staatsumbaus sind:

461

462 • Die Einschränkung des Streikrechts unter anderem durch das Tarifeinheitsgesetz, des Versamm-
463 lungs- und Demonstrationsrechts durch die Ausweitung von Polizeibefugnissen in den neuen
464 Polizeigesetzen und der Meinungs- und Pressefreiheit, unter anderem durch Zensurmaßnahmen

465

466 • Die Kriminalisierung und Behinderung antifaschistischen Widerstands gegen neofaschistische
467 und rechte Aufmärsche und Veranstaltungen und die Behinderung antifaschistischer Arbeit zum
468 Beispiel durch den Versuch, der größten antifaschistischen Organisation, der VVN-BdA, die Ge-
469 meinnützigkeit zu entziehen. Gleichzeitig werden neofaschistische Organisationen geschützt und
470 durch den Staat in ihrem Handeln gefördert.

471

472 • Der Ausbau der Exekutivorgane, insbesondere die Militarisierung der Polizeikräfte und das Ab-
473 senken der Hemmschwelle zum Einsatz der Bundeswehr im Innern. Dies beinhaltet auch eine
474 Tendenz zur Verselbstständigung der Geheimdienste, des Militärs und anderer Exekutivorgane
475 gegenüber den Parlamenten und ihren Kontrollinstanzen. Polizei und Staatsanwaltschaft erhalten
476 immer weiterreichende Befugnisse. Dazu gehört unter anderem das sogenannte „Beschleunig-
477 te Verfahren“, das auch heute schon eine Bestrafung ohne Gerichtsverfahren möglich macht.
478 Medial untermalt wird diese Ausweitung polizeilicher und staatsanwaltlicher Kompetenzen zum
479 Beispiel durch Berichte über die angeblich zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte.

480

481 • Eingriffe in das Budgetrecht der Länder und Kommunen durch die sogenannte Schuldenbremse.
482 Die Schuldenbremse ist ein Instrument zur Legitimation von Ausgabenkürzungen und der Verhin-
483 derung wichtiger Investitionen in Bereichen der Grundversorgung. Sie spielt eine entscheidende
484 Rolle bei der Zerschlagung sozialstaatlicher Errungenschaften und von kommunalen Einrichtun-
485 gen und wird ergänzt durch sozialfeindliche Vorgaben der EU.

486

487 Die DKP verteidigt alle im Grundgesetz verankerten Grundrechte, vor allem durch den Kampf um
488 ihre Ausweitung. Die DKP setzt sich in diesem Sinne für eine wirksame Beteiligung der arbeitenden
489 Menschen bei allen wichtigen politischen Entscheidungen in Betrieb und Gesellschaft in Form von
490 Volks- oder Bürgerbegehren und die Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung auf Kontroll-
491 und Leitungsfunktionen in der Produktion ein. Die DKP setzt sich für die gesetzliche Zulassung von
492 politischen Streiks, insbesondere des Generalstreiks, ein.

493

494 Die DKP wendet sich gegen die Militarisierung nach Innen unter dem Deckmantel der „Terrorbe-
495 kämpfung“ und gegen die Verschärfung der Länderpolizeigesetze, die sich gegen breite Bevölke-
496 rungsteile richtet, die sich gegen die Offensive der Monopole stellen könnten. Die DKP wendet sich
497 ebenso gegen die ideologische Manipulation durch private und öffentlich-rechtliche Medien, die
498 durch Verbreiten von Völkerhass, Rassismus, Chauvinismus und Antikommunismus eine psycholo-
499 gische Kriegsmobilisierung betreiben, und fordert eine verstärkte, unabhängige und demokratische
500 Medienerziehung, die diese Manipulationsmechanismen durchschaubar macht.

501

502 Die DKP ist Teil der antifaschistischen Bewegung. Sie ist ein Bündnispartner mit eigenen Positionen
503 und Respekt gegenüber den auch mit anderen Begründungen und aus anderen Motiven aktiven An-
504 tifaschistinnen und Antifaschisten. Sie wendet sich gegen die soziale Demagogie rechter Kräfte und
505 die Spaltung der Arbeiterklasse und der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Sie orientiert auf den
506 gemeinsamen Widerstand gegen die Verursacher von Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau.

507

508 Die DKP stellt sich gemeinsam mit allen demokratischen Kräften Neofaschismus und Rassismus
509 entgegen. Wir kämpfen vor Ort um ein möglichst breites Bündnis, lassen uns aber in der Ausein-
510 andersetzung um inhaltliche Positionen im Kampf gegen rechts nicht verdrängen. Alltagsrassismus
511 treten wir im Betrieb und in unserer Nachbarschaft entgegen und benennen den Imperialismus als
512 größten Feind der Arbeiterklasse. Zusammen mit dem Widerstand gegen neofaschistische Organi-
513 sationen und dem Ringen um Frieden sieht die DKP in der Abwehr des reaktionären Staatsumbaus
514 eine Hauptaufgabe im antifaschistischen Kampf.

4. Für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen

Der Angriff der Monopolbourgeoisie auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zur Sicherung der Profitrate ist umfassend. Der grundlegende Klassenwiderspruch bleibt der zwischen Kapital und Arbeit. Die Ausbeutungsgrad der Ware Arbeitskraft steigt weiter. Charakteristisch sind der steigende Druck auf Löhne, die Intensivierung der Arbeit und längere Arbeitszeiten auf der einen Seite und das Herausdrängen aus dem Arbeitsprozess und Dauerarbeitslosigkeit auf der anderen Seite. Um den Ausbeutungsgrad optimal und ungehindert zu steigern, setzt die Monopolbourgeoisie insbesondere auf die Spaltung der Arbeiterklasse. Die Polarisierung von Reichtum und Armut in unserem Lande nimmt zu. Mit dem ungeheuren Reichtum, der sich im Besitz weniger befindet, könnten viele soziale Probleme in unserem Land gelöst werden.

Der einschneidendste Angriff der letzten Jahrzehnte waren die Agenda-Gesetze, die von SPD und Grünen durchgesetzt wurden. Sie haben die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verschärft und Massenarmut hervorgebracht. In besonderem Maße sind Kinder, Jugendliche, Frauen und Alte betroffen. Das Normalarbeitsverhältnis, also unbefristete Verträge mit Vollzeit, wurde massiv zu Gunsten von befristeten Verträgen, Leih- und Werkverträgen zurückgedrängt. Ein riesiger Bereich von Billigjobs ist entstanden. Ein großer Teil der Werk tätigen ist dauerhaft aus dem Arbeitsprozess ausgeschlossen. Immer mehr Menschen werden „abgehängt“ und sind trotz Arbeit ergänzend auf Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) angewiesen. Bereits das Existenzminimum ist eine herabwürdigende Sanktion. In besonderem Maß ist die Jugend von dieser Entwicklung betroffen. Ein großer werdender Teil wächst ohne jede Perspektive auf. Die Agenda-Politik hat der heutigen Rechtsentwicklung den Boden bereitet.

Nach der Entrechtung von Erwerbslosen werden Migrantinnen und Migranten und Geflüchtete als Lohndrücker missbraucht. Die große Fluchtbewegung ist das Ergebnis von neokolonialer Politik, Kriegstreiberei und der fortschreitenden Zerstörung der Lebensgrundlagen insbesondere in den ärmeren Ländern des globalen Südens. Die DKP ist solidarisch mit den Menschen, die ihre Heimat aufgrund dieser imperialistischen Politik verloren haben und nun auf der Suche nach Schutz vor Krieg, Terror, Hunger und Armut sind. Zugleich widerspricht die DKP allen Versuchen, etwa durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz oder durch die nahezu unbezahlten „Arbeitsgelegenheiten“ für Geflüchtete, Flucht und Migration im Sinne des Kapitals zu lenken und zu verwerten. Diese Politik liegt nicht im Interesse der Migrantinnen und Migranten, sondern im Interesse der Banken und Großkonzerne.

Fachkräfte und gut ausgebildete Arbeitskräfte vor allem aus Afrika und dem Nahen Osten, aber auch Geringqualifizierte, zum Beispiel aus ärmeren Ländern der EU-Peripherie, sind dem Kapital willkommen. Sie werden zum Beispiel im Gesundheitswesen zu Niedriglöhnen und zu miesen Arbeitsbedingungen angeworben. Diese neokoloniale Politik – geregelt im Fachkräfteeinwanderungsgesetz – blutet die Herkunftsländer aus, weil dort Fachkräfte abgezogen werden. Gleichzeitig erhöht sie den Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen hierzulande. Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten werden als Druckmittel gegen die einheimischen Beschäftigten instrumentalisiert. Rassismus und das Erstarken rechter Bewegungen sind das Ergebnis. Sie werden bewusst gefördert, um von den Verursachern der Ausbeutung abzulenken, und fungieren als Reserve im Rahmen des reaktionären Staatsumbaus. Zugleich werden antifaschistische und antirassistische Vereine und Organisationen unter Druck gesetzt.

Es bleibt dabei: Unsere Willkommenskultur heißt „Gemeinsam kämpfen!“. Wir fordern die volle politische, tarifliche und gewerkschaftliche Gleichberechtigung für alle Migrantinnen und Migranten ohne Ansehen der Fluchtgründe, der Staatsangehörigkeit oder des Herkunftslandes. Wo wir Kontakt zu Geflüchteten haben, stellen wir – in der Orientierung des DKP-Sofortprogramms – die gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung vor Ort heraus und kämpfen gegen die Monopole. Damit schaffen und organisieren wir Solidarität, damit die richtigen Gegner angegangen werden: die Monopole und ihr Staat.

Zu einem beispiellosen Raubzug am Volkseigentum kam es nach der Konterrevolution auf dem Gebiet der DDR. Der Industriesektor wurde zerstört. Seine Produktion brach zwischen 1989 und 1991 um 70 Prozent ein. Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie – aber auch in der Landwirtschaft

573 – sank um 80 Prozent. Insgesamt hat sich das Beschäftigungsniveau innerhalb dieser drei Jahre
574 halbiert. Diese beispiellose Deindustrialisierung hat eine erdrutschartige Verarmung in der ostdeut-
575 schen Arbeiterklasse und die Abwanderung von Millionen bewirkt.

576
577 Hinzu kam die Vertreibung der gesamten Verantwortungsträger aus Verwaltung, Forschung, Kultur
578 und Wissenschaft. Bis heute sitzen ab einer bestimmten Hierarchiestufe in der Verwaltung wie im
579 Kolonialstil überwiegend Westdeutsche. Die Lebensleistung ganzer Generationen wird verleumdet
580 und entwertet durch Antikommunismus und verordnete Delegitimierung der DDR. Die festgeschrie-
581 bene Renten- und Tarifungleichheit und die aktive Auslöschung jeglicher positiver Erinnerungen an
582 die DDR führen dazu, dass sich die Menschen im Osten als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse
583 fühlen.

584
585 Diese bewusst hervorgerufenen Spaltungslinien sichern – ebenso wie weltanschauliche Unterschie-
586 de - Extraprofite und erschweren den Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Zu den
587 Spaltungsmechanismen gehört auch die Ideologie der Sozialpartnerschaft. Sie suggeriert eine Iden-
588 tität von Interessen der Arbeiterklasse mit den Interessen des Kapitals. Die Kampfkraft der Arbeiter-
589 klasse wird auch durch die Taktik der Standortlogik gemindert. Tarifabschlüsse und Schließungen
590 anderer Standorte werden ohne Streiks in Kauf genommen in dem Irrglauben, die Arbeitsplätze am
591 eigenen Standort sichern zu können. Diese Ideologie hat in der Arbeiterklasse Deutschlands großen
592 Einfluss bis tief hinein in die Gewerkschaftsbewegung.

593
594 Von entscheidender Bedeutung im Kampf um eine Wende zu sozialem Fortschritt ist stattdessen
595 die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Sie zu befördern und Spaltungstendenzen entgegenzutreten
596 ist Aufgabe der DKP. Ihr entscheidender Kampfplatz müssen der Betrieb und die betriebliche Aus-
597 einandersetzung um bessere Arbeits- und Einkommensbedingungen sowie um den Ausbau einer
598 wirksamen Mitbestimmung werden.

599
600 Die DKP orientiert ihre Mitglieder und Gliederungen darauf, die Bemühungen um die Verankerung in
601 den Betrieben und den Gewerkschaften zu erhöhen und insbesondere das Ringen um die Erhöhung
602 der Anzahl der Betriebs- und Branchengruppen fortzusetzen. Dabei geht es auch um die Wiederver-
603 ankerung in der industriellen Produktion. Die Großbetriebe der industriellen Produktion haben nach
604 wie vor eine Flaggschiff-Funktion für Kämpfe und das Bewusstsein der gesamten Arbeiterklasse.

605
606 Das zweite Standbein der Arbeiterpolitik der DKP ist die Kommunalpolitik. Die Städte und Gemein-
607 den sind der wesentliche Ort der Reproduktion der Ware Arbeitskraft und zugleich der Ort für die
608 Monopolbourgeoisie zur Steigerung ihrer Profite, vor allem durch Angriffe auf die öffentliche Da-
609 seinsvorsorge. Die DKP orientiert ihre Mitglieder und Grundorganisationen darauf, die Menschen in
610 den Städten und Gemeinden gegen Demokratieabbau, Ausgrenzung und das Abwälzen der Krisen-
611 lasten, gegen den Kahlschlag in allen Bereichen und Privatisierungen zu mobilisieren und mit ihnen
612 aktiv zu werden.

613
614 Schnittstellen zwischen der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und der Kommunalpolitik, wie der
615 Kampf um den Erhalt und Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, haben eine zentrale Bedeu-
616 tung. Zwischen den Beschäftigten und den Interessen der Werktätigen und nichtmonopolistischen
617 Schichten und Klassen besteht eine grundsätzliche Interessenidentität auf kommunaler Ebene. Je
618 besser die finanzielle Ausstattung und Personalsituation in Kitas, Krankenhäusern, Schwimmbä-
619 dern, Bürgerämtern oder Verkehrsbetrieben, desto besser lebt die Bevölkerung vor Ort. Kämpfe um
620 die kommunale Daseinsvorsorge sind damit ein Hebel für die Herausbildung antimonopolistischer
621 Bündnisse. Die besten Voraussetzungen für die Formierung von Widerstand, der die Perspektive
622 hat, über Teilkämpfe hinauszudeuten, sehen wir im Gesundheitswesen, dem Bereich des Bildungs-
623 und Erziehungswesens und in der Auseinandersetzung um einen bedarfsorientierten und kostenlo-
624 sen Öffentlichen Personennahverkehr.

625
626 **Unsere Schwerpunkte in Betrieb, Gewerkschaften und Kommune**

627
628 Im Bereich der Arbeiterpolitik in Betrieb, Gewerkschaften und Kommune sehen wir heute folgende
629 Bereiche, in denen es in den kommenden Jahren zu entscheidenden Auseinandersetzungen für
630 eine Wende zu Frieden und Abrüstung, zu demokratischem, sozialen und ökologischen Fortschritt

kommen kann:

631

632

Für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich

633

634

Im Verhältnis zu seiner hohen Produktivität ist Deutschland ein Niedriglohnland.

635

Neben dem Kampf um Löhne und Gehälter und einen gesetzlichen Mindestlohn von 15 Euro pro

636

Stunde ist der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit das entscheidende Kampffeld, um dieses

637

Verhältnis zu ändern. Die DKP setzt sich für eine Arbeitszeitverkürzung auf zunächst 30 Stunden pro

638

Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich ein. Dazu ist eine breite Diskussion innerhalb der

639

Gewerkschaften und der DKP zu entwickeln.

640

641

Für ein menschenwürdiges und sozial abgesichertes Alter

642

643

Die prekären Beschäftigungsverhältnisse führen in die Armut und entziehen der gesetzlichen Ren-

644

tenversicherung Milliarden Euro. Entgegen der wachsenden Altersarmut setzen wir uns für ein Sys-

645

tem der materiellen Absicherung im Alter ein, das allen Menschen mit zu geringem Einkommen

646

ermöglicht, repressionsfrei, ohne Armut und in Würde leben zu können. Die DKP ist für ein Ren-

647

tenniveau von 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens bei Einführung eines existenzsichernden

648

Lohnniveaus sowie ein Absenken des Renteneintrittsalters auf zunächst 65 und weiter auf 60 Jahre.

649

Die DKP fordert ein System, das sämtliche Erwerbstätige in die staatliche Rentenkasse einbezieht.

650

Alle sollen einzahlen, also auch Beamte, Selbstständige, Freiberufler oder Topmanager. Die DKP tritt

651

ein für eine wesentliche Verbesserung der Erwerbsminderungsrente, für die sofortige Angleichung

652

der Ost- an die West-Renten sowie eine größere Beteiligung des Kapitals an der Finanzierung und

653

die Abschaffung der Riesterreute.

654

655

Für ein demokratisches, unentgeltliches Gesundheitswesen

656

657

Gesundheit ist ein Grundbedürfnis und gehört verfassungsrechtlich abgesichert. Gesundheit mit

658

den Bestandteilen Vorbeugung, Behandlung und Rehabilitation darf keine Ware sein, die auf dem

659

Gesundheitsmarkt käuflich ist. Der Zugang zur Gesundheitsversorgung muss unentgeltlich und für

660

jeden jederzeit möglich sein.

661

662

Die strukturelle und finanzielle Spaltung zwischen ambulanter und stationärer Behandlung, die qua-

663

litätsmindernd und kostentreibend ist, muss überwunden werden durch einheitliche staatliche und

664

kommunale Lenkung und Finanzierung mit der Zielsetzung: ambulant vor stationär, vorbeugen vor

665

heilen, fördern und integrieren von Menschen mit Behinderung.

666

667

Durch die bewusst völlig unzureichende Finanzierung des Gesundheitswesens über Budgets und

668

Fallpauschalen sowie die restriktive Investitionskostenfinanzierung durch die Bundesländer und

669

die Zerschlagung des Gesundheitswesens in der DDR wurde der Weg zur Privatisierung bereitet

670

mit dem erklärten Ziel, das Gesundheitswesen der kapitalistischen Marktlogik zu unterwerfen. Seit

671

1985 haben sich riesige Krankenhauskonzerne entwickelt, die mit ihrem Profitstreben alle Akteu-

672

re im Gesundheitswesen unter enormen ökonomischen Konkurrenzdruck setzen auf Kosten von

673

Personal und Patientinnen und Patienten. Der Pflegenotstand führt zu massiver Überlastung der

674

Pflegenden und gefährdet Gesundheit und Leben der Patientinnen und Patienten.

675

676

Die DKP unterstützt die aus dem gewerkschaftlichen Umfeld entstandene Bewegung und die ört-

677

lichen Initiativen und deren Volksbegehren, die die Abschaffung von Profitwirtschaft und Fallpau-

678

schalensystem sowie eine bedarfsgerechte Pflege fordern. Im Mittelpunkt steht die Forderung nach

679

mehr Personal in der Pflege und den nichtpflegerischen Bereichen. Die DKP wendet sich dabei

680

gegen alle Versuche der Herrschenden, diese Bündniskonstellation zum Beispiel durch das Kor-

681

rumpieren einzelner Berufsgruppen und das Gegeneinander-Ausspielen von pflegerischen und

682

nicht-pflegerischen Bereichen aufzubrechen. Das Gesundheitswesen gehört in staatliche Hand bei

683

öffentlicher Kontrolle. Privatisierte Einrichtungen des Gesundheitswesens sind zu verstaatlichen.

684

685

Der Kampf um mehr Personal ist ein strategischer Kampf, denn die Frage der Personalausstattung

686

gilt für nahezu alle Branchen. Er steht für Entlastung, für mehr Qualität in der Arbeit und er wirkt der

687

688 Umverteilung von Unten nach Oben entgegen.

689

690 **Für ein Bildungssystem im Interesse der Werktätigen**

691

692 Auch im Erziehungs- und Bildungsbereich ringen die Kolleginnen und Kollegen um mehr Personal.
693 Die Frage der Personalausstattung ist eine zentrale Frage im Kampf um eine zukunftsfähige Bildung
694 für alle, die der sozialen Selektion entgegenwirkt. Das Monopolkapital hat ein Interesse an der Se-
695 lektion im Bildungswesen. Sie entspricht den Verwertungsbedingungen des Kapitals und behindert
696 gleichzeitig die Erkenntnis von der eigenen Lage der Ausgebeuteten, erschwert also die Formierung
697 der Klasse und antimonopolistischer Bündnisse.

698

699 Die DKP setzt sich für die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems und von Privatschulen ein. Aus
700 den Erfahrungen der DDR lernend, kämpfen wir für ein einheitliches Bildungssystem von der frühkindli-
701 chen Bildung bis zur Universität. Die Personalbemessung an Schulen muss sich sofort an einer Klassen-
702 stärke von 18 Schülern pro Klasse orientieren. Besondere Bedingungen – notwendige Spracherziehung,
703 Inklusion, hoher Anteil von Migrantinnen und Migranten und Familien mit besonderem Förderbedarf –
704 müssen zu einer Erhöhung des Personalschlüssels führen. Der Beruf des Erziehers und der Erzieherin
705 muss aufgewertet werden. Das Bildungswesen ist vollständig staatlich zu führen und zu finanzieren.

706

707 **Für bezahlbaren und guten Wohnraum**

708

709 Privatisierung gepaart mit der systematischen Vernachlässigung des „sozialen Wohnungsbaus“
710 macht menschenwürdiges Wohnen für immer mehr Menschen unbezahlbar. Kapitalistisch wirt-
711 schaftende Wohnungsbaukonzerne beherrschen den Markt, diktieren die Miethöhe bzw. versuchen
712 schnellen Profit durch auf die Mieterinnen und Mieter abgewälzte energetische Modernisierungen
713 und die Umwandlung in Eigentumswohnungen zu erzielen. Selbst noch bestehende kommunale
714 Wohnungsbaugesellschaften orientieren sich nicht am Bedarf der Menschen, sondern daran, wie
715 aus den Wohnungen möglichst viel Profit herauszuholen ist. Neubau findet fast ausschließlich im
716 oberen Preissegment statt.

717

718 Die DKP ist Teil der Mieterbewegung und fordert das Verbot des Verkaufs von öffentlichem Grund
719 und Boden, von Privatisierung öffentlichen Wohneigentums und die entschädigungslose Enteig-
720 nung privater Wohnungsgesellschaften. Genauso wichtig wäre es, den sogenannten sozialen Woh-
721 nungsbau von der Subjektförderung, die nur zur Absicherung der Hausbesitzer und Spekulanten
722 und ihrer Gewinne eingeführt wurde, auf eine Objektförderung für den Bau von bezahlbaren und
723 guten Wohnungen umzustellen.

724

725 Die DKP setzt sich für den Bau von über einer Million dringend benötigter Wohnungen im Rahmen
726 kommunaler Wohnungsbauprogramme ein, die zunächst in den besonders von Wohnungsnot und
727 hohen Mieten betroffenen Städten gestartet werden sollen. Diese Wohnungen sollen vorrangig den
728 Bedarf der Arbeiterklasse decken und ihr mit politisch festgelegten niedrigen Mieten zur Verfüg-
729 gestellt werden. Kommunale Wohnungen müssen, unter demokratischer Beteiligung der Öffentlich-
730 keit an der Planung, von kommunalen Baubetrieben auf öffentlichen Grundstücken gebaut werden.
731 Sie sollen mit Hilfe einer Sondersteuer für Unternehmen und Millionärshaushalte finanziert werden
732 und auf Dauer öffentliches Eigentum bleiben. Eine demokratische städtebauliche Planung muss das
733 Ziel haben, ein gemeinschaftliches soziales, kulturelles und sportliches Leben in den Wohngebieten
734 zu entwickeln, die natürliche Umwelt schonend und lebenswert zu gestalten und ein gutes öffentli-
735 ches Nahverkehrssystem in und zwischen den Städten und Gemeinden einzurichten.

736

737 **Für eine lebenswerte Kommune**

738

739 Der Kampf um die Verteidigung der kommunalen Daseinsvorsorge ist eine der wichtigsten Aufga-
740 ben von Kommunistinnen und Kommunisten. Wir sind aktiv gegen die Schließungen von Bibliothe-
741 ken, Schwimmbädern, Sportstätten, Einrichtungen der Breitenkultur, Jugendzentren und anderer
742 Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Ebenso kämpfen wir gegen die Erhöhung von Eintrittspreisen
743 und Kürzungen bei Etat und Personal dieser Einrichtungen. Dabei zeigen wir auf, dass entgegen
744 der permanenten Behauptung der Städte, „es sei kein Geld da“, Geld dort keine Rolle spielt, wo es
745 politisch gewollt ist, zum Beispiel bei Prestigeobjekten. Kommunistinnen und Kommunisten agieren

dabei in ihrem Stadtteil, ihrer Kommune, und mobilisieren die Menschen, sich gegen kommunale Missstände zu wehren und selbst aktiv zu werden.

Kräfte im Kampf um eine Wende und die Aufgaben der DKP

Der Kampf um eine Wende zu Frieden und Abrüstung, zu demokratischem, sozialem und ökologischem Fortschritt wird auf den erbitterten Widerstand der in- und ausländischen Monopolbourgeoisie stoßen. Somit kann eine solche Wende nur das Ergebnis eines ebenso erbitterten antimonopolistischen Widerstands sein. Die Kräfte dieses Widerstandes setzen sich aus allen Klassen und Schichten zusammen, die im zunehmenden Widerspruch zu den Monopolinteressen stehen: Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellte, Beamtinnen und Beamte, Ingenieurinnen und Ingenieure, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Lehrerinnen und Lehrer, Künstlerinnen und Künstler, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, Handwerkerinnen, Handwerker und Gewerbetreibende; zu ihnen zählen in ihren spezifischen Ausprägungen die Auszubildenden genauso wie Schülerinnen, Schüler und Studierende. Zentrale Aufgabe der DKP ist es zu helfen, dieses Bündnis auf Grundlage der objektiven gemeinsamen Gegnerschaft zur Monopolbourgeoisie zu formieren, zu verstetigen und voranzutreiben.

Die Arbeiterklasse als Hauptkraft antimonopolistischer Bündnisse

Die Arbeiterklasse bildet aufgrund ihrer Stellung im kapitalistischen Produktionsprozess, als hauptsächlich Schöpfer aller Werte, die Hauptkraft eines antimonopolistischen Bündnisses. Das gilt insbesondere in einem hochindustrialisierten Land wie Deutschland. Der Erfolg antimonopolistischer Kämpfe hängt in erster Linie von ihrem aktiven Handeln ab. Grundvoraussetzung ist die Herausbildung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, also das gemeinsame Handeln für die sozialen und politischen Interessen der Arbeiterklasse über politische und weltanschauliche Meinungsunterschiede hinweg.

Die Herausbildung der Aktionseinheit steht in der momentanen Etappe spezifischen Herausforderungen und Tendenzen gegenüber, die sich aus Strukturveränderungen aufgrund der wissenschaftlich-technischen Entwicklung der Produktivkräfte ergeben. Dazu zählt:

- einem tendenziell abnehmenden Teil des Industrieproletariats mit relativ hohem Lebensstandard steht ein wachsender Teil der Arbeiterklasse in unsicheren (Teilzeit-)Arbeitsverhältnissen gegenüber. Dies führt dazu, dass immer mehr Menschen, zum Beispiel als Hartz-IV-Aufstocker, am Rande oder unterhalb des Existenzminimums leben. Dem Industrieproletariat kommt aufgrund seiner Stellung im Produktionsprozess nach wie vor eine entscheidende Rolle bei der Herausbildung der Aktionseinheit zu. Diese wird untergraben durch die anhaltende Bindung dieser Teile der Arbeiterklasse an die SPD mit der neoliberalen Ausrichtung ihrer Führung und einem entsprechend parteipolitisch dominierten Gewerkschaftsapparat. Gleichzeitig verliert die SPD-Führung aufgrund eben dieser neoliberalen Politik, die sich auch auf die soziale Lage von Teilen des Industrieproletariats auswirkt, zunehmend an Bindekraft auch in diesem Kern der Arbeiterklasse.
- Im Verhältnis zu Tarifikämpfen in der Industrie mit einem überdurchschnittlichen gewerkschaftlichen Organisationsgrad haben Tarifikämpfe in Branchen zugenommen, die Ziel verstärkter Angriffe durch die Monopolbourgeoisie sind. Dazu zählen Bereiche, die von Privatisierungen und neoliberalem Staatsumbau betroffen sind, wie das Gesundheits-, das Bildungs- und Erziehungswesen und der öffentliche Verkehrssektor. Entscheidend für die Bedeutung der Tarifikämpfe sind dabei der Grad der Mobilisierung und die steigende Kampf- und Organisationsbereitschaft in den Gewerkschaften. Die DKP unterstützt insbesondere die Herausbildung von Bündnissen auf örtlicher Ebene, in denen sich Beschäftigte und Bürgerinnen und Bürger zu einem gemeinsamen Kampf zur Verteidigung der öffentlichen Daseinsvorsorge zusammenschließen. Das können Keimzellen antimonopolistischer Bündnisse sein.
- Schon immer wurden Frauen unter kapitalistischen Bedingungen als industrielle Reservearmee missbraucht. Unter den Bedingungen der derzeitigen Offensive des Monopolkapitals führt dies dazu, dass sie in prekäre Beschäftigung und Teilzeit gedrängt werden. Der für BRD-Verhältnisse erreichte Höchststand der Frauenerwerbstätigkeit lässt deshalb für die meisten Frauen ein eigen-

804 ständiges Leben nicht zu. Die Tätigkeit in Branchen und Berufen, in denen überwiegend Frauen
805 arbeiten, wie im Erziehungs- und Gesundheitswesen, in der Altenpflege, im Einzelhandel oder
806 Reinigungsgewerbe bringt eine deutliche finanzielle Benachteiligung mit sich und führt fast immer
807 in die Altersarmut. Die Lage der lohnabhängigen Frau verschärft sich zusätzlich, weil sie neben
808 ihrer Erwerbstätigkeit weiterhin zumeist für die Sorgearbeit verantwortlich ist. Immer mehr Frauen
809 haben das durchschaut und wehren sich. So engagieren sie sich für den Frauenstreik oder haben
810 sich zum Beispiel im Sozial- und Erziehungsdienst und in den Krankenhäusern für bessere Ar-
811beitsbedingungen und gerechtere Löhne auf den Weg gemacht. Sie alle verfügen entsprechend
812 über aktuelle Kampferfahrungen.

813

814 Diese Kämpfe sind im Interesse der gesamten Klasse und ein Schlüssel zur Emanzipation der
815 Frau. Die DKP sieht eine wichtige Aufgabe darin, Frauen in diesen Kämpfen zu unterstützen, die
816 zentralen Forderungen nach der 30-Stunden-Woche, dem Verbot von prekärer Beschäftigung
817 und gleichem Lohn für gleiche Arbeit in den Mittelpunkt zu stellen und nicht zuletzt mehr Frauen
818 in ihren Reihen zu organisieren.

819

820 • Nicht erst seit dem „NSU-Komplex“, dem größten Geheimdienstskandal seit Bestehen der BRD,
821 dem Herausbilden des sogenannten „Tiefen Staates“, faschistischen Putschplänen in Militär und
822 Polizei-Eliteeinheiten, dem Mord an Walter Lübcke, dem antisemitischen Anschlag in Halle, fa-
823schistischem Terror und einer EU-weiten Faschisierung, ist die DKP fest verankert in der antifa-
824schistischen Bewegung. Dabei orientiert sie aus der historischen Erfahrung heraus immer auf
825 breite Bündnisse, um einen künftigen Faschismus verhindern zu können.

826

827 Der §139 des Grundgesetzes sagt: Die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozia-
828 lismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften sind nach wie vor gültig. Ebenso gelten-
829 des Recht sind entsprechende Bestimmungen alliierter Kontrollratsgesetze und des Potsdamer
830 Abkommens. Hier heißt es: „Die Nationalsozialistische Partei ... ist zu vernichten; ... es sind Si-
831 cherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazis-
832 tischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.“ Wir fordern deshalb
833 die Auflösung der NPD sowie aller anderen faschistischen Organisationen bzw. deren Verbot. Wir
834 fordern konsequentes Einschreiten gegen Antisemitismus, Kriegs-, Rassen- und Völkerhetze, ge-
835 gen Holocaustleugner als auch gegen Diskriminierung aufgrund von Alter, Geschlecht, sexueller
836 Orientierung, sozialer Herkunft und Weltanschauung.

837

838 • Schon vor der sprunghaften Zunahme von Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten im
839 Sommer 2015 ist ein wachsender Teil der Menschen, vor allem in den Metropolen, ausländischer
840 Herkunft. Diese Situation wurde ursächlich durch die imperialistische Ausbeutungs- und Kriegs-
841 politik geschaffen und wird auch zukünftig davon geprägt sein. Deshalb wirken Kommunistinnen
842 und Kommunisten in den Bündnissen gegen die expansionistische imperialistische Ausbeutungs-
843 praxis und fluchtverursachende Kriegspolitik. Gegen diese verheerende und menschenveracht-
844 ende Politik kämpfen wir hier gemeinsam Seite an Seite mit den vertriebenen Menschen. Der
845 überwiegende Teil von ihnen ist Teil der Arbeiterklasse. Die gezielte Anwerbung ausländischer
846 Arbeiterinnen und Arbeiter ist Bestandteil der Monopoloftensive. Sie zielt darauf ab, eine rechtlo-
847 se Manövriermasse – vom Rest der Bevölkerung aufgrund kultureller, sprachlicher und religiöser
848 Unterschiede separiert – zur Verfügung zu haben, um Löhne zu drücken und soziale Rechte ab-
849 zubauen.

850

851 • Die DKP wendet sich gegen diese imperialistische Migrationspolitik, die sich sowohl gegen die
852 Rechte der Arbeiterklasse in Deutschland als auch gegen die vom Imperialismus unterdrück-
853 ten Länder richtet, deren Ökonomien zum Teil hochqualifizierte Arbeitskräfte entzogen werden.
854 Gleichzeitig hält es die DKP für zwingend, die in Deutschland lebenden ausländischen Kollegin-
855 nen und Kollegen durch volle politische und soziale Gleichberechtigung zu integrieren, um der
856 Spaltung der Arbeiterklasse entgegenzuwirken, auch durch Lernen internationaler Kampferfah-
857 rungen.

858

859 Dabei wendet sich die DKP gegen das Anfachen von Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und
860 Rassismus. Sie wendet sich gleichzeitig gegen den Missbrauch von falschen Rassismusvorwür-
861 fen, die ebenfalls der Spaltung der Klasse und antirassistischer Bündnisse dienen und davon

ablenken sollen, dass Ausbeutung und Konkurrenz durch Zuzug ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter bewusst intensiviert werden. Die DKP sieht im gemeinsamen Handeln deutscher und ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Monopolbourgeoisie ein entscheidendes Mittel, Vorurteile und Separation zu überwinden. Deshalb heißt unsere Willkommenskultur: Gemeinsam kämpfen – gleicher Boss, gleicher Kampf!

- Die Arbeiterjugend ist im Gegensatz zu ihren Eltern oder Großeltern der Nachkriegsgeneration in der Tendenz sozial schlechter gestellt. Jugendliche sind viel stärker als frühere Generationen von Erwerbslosigkeit, unsicheren Arbeitsverhältnissen und Arbeiten im Niedriglohnssektor bedroht. Kinder aus der Arbeiterklasse sind tendenziell durch weiteren sozialen Abstieg gefährdet, während ein sozialer Aufstieg aufgrund zunehmender sozialer Selektion im Bildungssystem um ein Vielfaches schwieriger ist.

Die DKP ist eng verbunden mit der SDAJ und sieht in der Arbeiterjugend eine wichtige Erfahrungsquelle für die Weiterentwicklung des Klassenkampfes. Sie setzt sich für das eigenständige politische Agieren der Jugend und ihrer demokratischen Organisationen ein. Sie tritt im Sinne der Aktionseinheit jeglichen Bestrebungen entgegen, die Jugend gegen die ältere Generation auszuspielen und hebt die Rolle der arbeitenden Jugend hervor im Kampf gegen die Spaltung der Arbeiterklasse und ihre intensivierte Ausbeutung durch die Etablierung des Niedriglohnssektors.

Die Rolle der Gewerkschaften

Die Einheitsgewerkschaften sind Ergebnis des Kampfes um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse als geschichtliche Erkenntnis aus der Befreiung vom Faschismus. Gleichzeitig bilden sie heute die wichtigste organisatorische Struktur für die Herstellung der Aktionseinheit. Demgegenüber sind sozialpartnerschaftliche Illusionen und das Arbeiten ehren- und hauptamtlicher Funktionäre in klassischer Stellvertreterpolitik in den DGB-Gewerkschaften tief verankert. Trotz des zum Teil schwindenden direkten Einflusses der SPD in den Vorständen reproduziert sich diese Ausrichtung weiter. Insofern bleiben die Gewerkschaften hinsichtlich ihrer Aufgabe, der Vertretung der Interessen der gesamten Klasse, geschwächt. Umso stärker gehören der Kampf um die Aktionseinheit und um innergewerkschaftliche Demokratie und die Autonomie der Gewerkschaften für die DKP zusammen. Die aktuellen Entwicklungen der „Gewerkschaften von unten“, wie sie in der IG Metall und ver.di politisch beschlossen und in großen Prozessen umgesetzt werden, sind noch nicht in der Lage, die lange Tradition der sozialpartnerschaftlichen und standortsichernden Ausrichtung in zentralen Fragen zu verändern. Sie bieten aber vielversprechende Ansätze, die innergewerkschaftliche Demokratie zu stärken und damit die sozialpartnerschaftlichen Einflüsse zurückzudrängen.

Die Interessen der Arbeiterklasse dürfen nicht auf die ökonomischen Interessen reduziert werden. Der Kampf gegen die Kriegs- und Aufrüstungspolitik des Monopolkapitals und die Mobilisierung gegen NATO-Aufrüstung und das Säbelrasseln gegen Russland, der Kampf gegen Wohnungsnot und Privatisierungen sowie gegen verschärfte Polizeigesetze und andere Maßnahmen zum Abbau demokratischer Rechte bedürfen der verstärkten gewerkschaftlichen Intervention. Neben der betrieblichen Interessenvertretung und der Organisation der Kolleginnen und Kollegen im Betrieb (Betriebsgruppe/Vertrauensleute) sehen Kommunistinnen und Kommunisten deshalb eine wesentliche Aufgabe darin, in diesem Sinne in den Gewerkschaften zu wirken – in engem, vertrauensvollem, aber auch offenem Austausch mit den Gewerkschaftskolleginnen und Kollegen.

Der Streik, und insbesondere der politische Streik, wie er von den DGB-Gewerkschaften ver.di, IG BAU und GEW gefordert wird, wird von rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftsführern diffamiert und von der Arbeitsrechtsprechung für illegal erklärt. Dadurch gerät das zentrale Kampfmittel der Arbeiterklasse aus dem Bewusstsein entscheidender Teile der organisierten Arbeiterklasse. Das ist das Haupthindernis, um zu einer Aktionseinheit der Arbeiterklasse und zu einer Wende zu sozialem, demokratischem und ökologischem Fortschritt zu kommen. Die Streiks im Gesundheits- und Pflegebereich, vor allem an der Berliner Charité und den Unikliniken Düsseldorf und Essen, im Gebäudereinigungshandwerk oder bei Internet-Riesen wie Amazon zeigen, dass Teile der Arbeiterklasse bereit sind, für ihre Interessen zu kämpfen. Dafür ist der Streik nicht das letzte, sondern das wirksamste Mittel.

918 Die Rolle der Intelligenz

919

920 Im Zuge der Produktivkraftentwicklung und der damit immer einhergehenden Zuspitzung der Wi-
921 dersprüche im staatsmonopolistischen Kapitalismus wachsen die Bedeutung der Intelligenz und ihr
922 Anteil an der Bevölkerung. Sie ist dabei einem beträchtlichen Differenzierungsprozess ausgesetzt.
923 Teile der Intelligenz werden Teil der Arbeiterklasse oder nähern sich ihr hinsichtlich ihrer sozialen
924 Lage an. Auch Teile der technischen Intelligenz erleben die Abwertung ihrer Ware Arbeitskraft bis
925 hin zur Gefahr der Verarmung, da die der Produktivkraftentwicklung entspringenden technischen
926 Entwicklungen immer weniger hochspezialisierte Fachkräfte und eine steigende Zahl an mittelmäßig
927 qualifizierten Fachkräften benötigen.

928

929 Die Ökonomisierung und Verschulung der universitären und Hochschulausbildung seit der Bologna-
930 Reform, die ein selbstständiges kritisches Forschen und Denken in gesellschaftlichen und naturwis-
931 senschaftlichen Zusammenhängen untergräbt, wirkt sich auf das Bewusstsein, die Zusammenset-
932 zung an Hochschulen und die Ausdifferenzierung der Elitenbildung aus. Ähnlich wie sich das Abitur
933 langsam von seiner Exklusivität verabschiedet, tut es seit Jahren das (Fach-)Hochschulstudium.
934 Wenn auch immer noch ein Großteil der Studierenden – vor allem solche, die auch tatsächlich ab-
935 schließen und erst recht beim Mittelbau – mindestens ein Elternteil mit Hochschulabschluss hat, ge-
936 langen doch auch immer mehr Arbeiterkinder an die Hochschule. Und auch die Hochschulen selber
937 sind – unter anderem aufgrund der geänderten sozialen Zusammensetzung – nicht mehr per se Hort
938 der (ideologischen) Eliten. Diese werden vermehrt auf privaten Hochschulen ausgebildet, wohinge-
939 gen die staatlichen Hochschulen vor allem den Zweck der Festigung der ideologischen Hegemonie
940 der Herrschenden – vor allem im Sozial- und Geisteswissenschaftlichen Bereich – verfolgen. Die
941 Notwendigkeit des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Intelligenz wächst.

942

943 Das Wissen und die geistigen Fähigkeiten der Intelligenz sind für die Herausbildung eines antimono-
944 polistischen Bündnisses wichtige Voraussetzung. Die ökonomischen Ängste von Intelligenz und
945 Arbeiterklasse haben sich teilweise schon sehr angenähert. Die DKP sieht es als ihre Aufgabe an,
946 diesen Schulterschluss voranzutreiben. Als Teil der lohnabhängigen Mittelschichten müssen die
947 entsprechenden Teile der Intelligenz in die ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse einbezogen
948 und dem Einfluss der Monopolbourgeoisie entzogen werden. Die Arbeiterklasse kann nur als prak-
949 tisch vorwärtstreibende und kämpfende Kraft eine Anziehungskraft auf die Intelligenz entwickeln,
950 die zur beginnenden Loslösung vom Einfluss der Monopolbourgeoisie führt. Dazu gehört die Er-
951 kenntnis, dass eine selbstbestimmte Entfaltung ihrer geistigen Potenzen nur an der Seite der Arbei-
952 terklasse und in einem anderen Bildungssystem möglich ist.

953

954 Die Rolle der Mittelschichten

955

956 Während der Anteil der Lohnabhängigen wächst, sinkt der Anteil der selbstständigen Mittelschich-
957 ten, der Handwerker, Einzelhändler und Gewerbetreibenden. Aufgrund ihrer sozialen Stellung ge-
958 raten sie als Konkurrenten, Dienstleister oder Zulieferer immer mehr unter ökonomischen Druck
959 des Monopolkapitals, der oftmals bis zum Verlust ihrer wirtschaftlichen Existenz führt, was zum
960 Beispiel an der Ausweitung des Versandhandels durch die großen Handelsmonopole (Amazon, Za-
961 lando etc.) gut sichtbar wird und teilweise sogar unsere Innenstädte veröden lässt. Die Rolle der
962 Mittelschichten gegenüber der Arbeiterklasse ist entsprechend widersprüchlich: Einerseits nähern
963 sie sich wie andere Teile der Mittelschichten der Arbeiterklasse in ihrer sozialen Lage an. Anderer-
964 seits unterliegen sie immer „Aufstiegshoffnungen“ und neigen deshalb dazu, sich der Führung des
965 Monopolkapitals zu unterwerfen. Auch dies führt dazu, dass Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte
966 und Auszubildende in Betrieben der selbstständigen Mittelschichten zum Teil besonders krassen
967 Formen der Ausbeutung ausgesetzt sind. Diese Erfahrungen behindern das notwendige gemeinsa-
968 me Agieren gegen das Monopolkapital.

969

970 Die DKP sieht objektiv eine wachsende Interessenidentität von Mittelschichten und Arbeiterklasse
971 im Kampf gegen Angriffe der Monopolbourgeoisie. Dies betrifft zum Beispiel die bereits beschriebe-
972 nen Bereiche der Reproduktionssphäre, also Kämpfe gegen die Enteignung öffentlichen Eigentums,
973 Personalnotstände oder Kürzungen oder Verteuerungen kommunaler Leistungen.

Die Bevölkerung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR

Unmittelbar zusammen mit dem Interesse der ganzen deutschen Arbeiterklasse an der Verteidigung ihrer sozialen und politischen Rechte hängen die Interessen der Menschen im Osten der Republik – der ehemaligen DDR. Sie verfügen über eine tief verwurzelte Kapitalismus-Skepsis und eigene historische Erfahrungen, die im antimonopolistischen Kampf von besonderer Bedeutung sind. Dazu gehört, dass mit der DDR zum ersten Mal ein Sozialismus in Deutschland existierte. Das Leben in einer ausbeutungsfreien Gesellschaft, die sich vom Kapitalismus grundlegend unterschied in Hinblick auf eine friedliche Außenpolitik, soziale Sicherheit, politische Beteiligung, kulturelle Teilhabe oder solidarisches Zusammenleben, ist eine unzerstörbare Erinnerung für jede Bürgerin und jeden Bürger der DDR. Die zum Staat gewordene Arbeiterklasse hat diesen Sozialismus gegen den Willen der Kapitalisten im antifaschistischen Sinne aufgebaut und gestaltet. Obwohl und weil die sozialistische Gesellschaft auch von tiefen Widersprüchen geprägt war, ihre eigenen sozialen und politischen Ansprüche nur teilweise verwirklichen konnte und sich nicht jeder Werktätige als gesellschaftlicher Eigentümer empfand, ist diese Erfahrung ein wichtiges Erbe, das die Menschen aus der DDR in die Kämpfe der Gegenwart einbringen. Dazu zählen auch umfangreiche Kenntnisse des Marxismus-Leninismus, über die Teile der ostdeutschen Intelligenz, aber auch andere Bürgerinnen und Bürger der DDR bis heute verfügen.

Mit der Kolonisierung der DDR durch die BRD hat die Bevölkerung im Osten Deutschlands eine besondere Härte des Kapitalismus und seiner Politik erlebt: Eine Deindustrialisierung, in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen mit den Folgen eines Krieges vergleichbar, die größte Enteignung von Volkseigentum in der Nachkriegsgeschichte, die politische Verfolgung und das Ersetzen der Eliten der DDR durch Westdeutsche mit entsprechender politischer und ideologischer Ausrichtung – all das hat nicht nur Existenzen und Lebenskonzepte einzelner vernichtet, sondern die Lebensleistungen von Generationen nachhaltig entwertet und ideologisch diffamiert. In diesem Sinne besitzt der Grad an ökonomischer Ausbeutung, politischer Unterdrückung und kultureller Zerstörung der Arbeiterklasse in Ostdeutschland eine besondere Qualität.

Dies wurde nicht zuletzt mit Hilfe faschistischer Kräfte umgesetzt, die im Zuge der Entmachtung der antifaschistischen Staatsorgane leichtes Spiel hatten und sich systematisch auf dem Gebiet der DDR etablieren konnten. Neofaschistische Organisationen, in der DDR noch unmöglich – faschistische Ansätze existierten allenfalls auf dem Niveau einer Subkultur – wurden nun geduldet und durch Stillhalten, Bagatellisieren, Schlechtreden und Kriminalisierung des staatlichen Antifaschismus im Namen von Demokratie und Freiheit sogar aktiv gefördert. Volkspolizei und andere Sicherheitskräfte mussten hilflos dabei zusehen, wie westdeutsche Nazikader systematisch Netzwerke im Osten aufbauten. Die faschistischen Kräfte konnten dabei in ein ideologisches Vakuum vorstoßen, denn Ordnung, Werte und nicht zuletzt die Geschichtswissenschaft der DDR und ihr konsequenter Antifaschismus wurden nun durch „Bürgerrechtler“ und andere „Reformer“, vor allem aber durch die politischen Vorgaben der führenden BRD-Politiker verteufelt und diskreditiert, was auch nach der Einverleibung der DDR bis heute durch regelmäßige Hetzkampagnen fortgesetzt wird. Mit dem Schleifen zahlreicher DDR-Erregenschaften nach 1990 (Vollbeschäftigung, Grundversorgung, Kinder-, Jugend- und Kultureinrichtungen etc.) entstand dazu in vielen ostdeutschen Regionen ein sozialpolitisches Vakuum, das ebenfalls von NPD und Konsorten gefüllt werden konnte. All das bereitete den Boden für die aktuellen Wahlerfolge der AfD, insbesondere wenn es ihr als vermeintliche „Anti-Establishment-Partei“ gelingt, die weitverbreitete Unzufriedenheit vieler Ostdeutscher aufzufangen.

Geschichte und Gegenwart Ostdeutschlands bieten aber auch Chancen: Die DKP begreift die Identifizierung vieler ostdeutscher Menschen mit der DDR und daraus resultierende Haltungen zum Sozialismus oder zum Friedenskampf als Hilfe im Kampf gegen Antikommunismus und in der Mobilisierung gegen die wachsende Kriegsgefahr. Mehr als das schafft die Erinnerung an die DDR einen Ausblick auf unser politisches Ziel und zeigt, wie der Sozialismus die Lebensfragen der Menschen beantwortet. Der Erfahrungsschatz der Eltern und Großeltern, der dies beinhaltet, hat auch Auswirkungen auf den Bewusstseinsstand der jüngeren Generation, die nicht in der DDR aufgewachsen ist. Der Sozialismus in der DDR war der Anfang, er hatte seine Wurzeln im Antifaschismus. In

1030 diesem Sinne ist der Kampf um das Erbe der Deutschen Demokratischen Republik ein Bestandteil
1031 des ideologischen Klassenkampfes zur Überwindung der Hegemonie der Monopolbourgeoisie und
1032 der Veränderung des Klassenkräfteverhältnisses zugunsten von Frieden und Abrüstung, demokra-
1033 tischem, sozialen und ökologischen Fortschritt.

1034

1035 **Die DKP im Ringen um das antimonopolistische Bündnis**

1036

1037 Die DKP misst ihre Rolle im Klassenkampf daran, inwieweit es ihr gelingt, geduldig, rücksichtsvoll
1038 und lernend um die Schaffung der Aktionseinheit und das antimonopolistische Bündnis in unse-
1039 rem Land zu ringen. Sie leitet diesen Anspruch aus ihren Erkenntnissen des historischen und dia-
1040 lektischen Materialismus, angewandt auf den heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus auf
1041 internationaler und nationaler Ebene, ab. Dabei ist die DKP sich ihrer organisatorischen und theo-
1042 retischen Unzulänglichkeiten bewusst, alle Abschnitte des heute stattfindenden Klassenkampfes
1043 adäquat zu erfassen. Zusammen mit der ideologischen Schulung misst die DKP deshalb dem poli-
1044 tischen Kampf und dessen theoretischer Reflexion einen hohen Stellenwert zu.

1045

1046 In diesen politischen Kämpfen respektieren und achten die Mitglieder der DKP verschiedene Zugän-
1047 ge und weltanschauliche Meinungen. Sie ringen im Interesse der Gesamtbewegung darum, Mei-
1048 nungsunterschiede aufzuheben. Sie können ihre Funktion als Avantgarde aber nur erfüllen, wenn
1049 sie die Einheit ihrer politischen Konzepte nicht preisgeben. Nur dann sind sie überzeugungskräftig
1050 und fähig, andere zu überzeugen. Für den Handlungsspielraum als Minderheit bedeutet das, dass
1051 sie sich in allen Bündnissen ihre Besonderheit erhalten und ihre von allen anderen unterschiedene
1052 Sicht – die der historisch-dialektisch-materialistischen Theorie – als Moment des gemeinsamen
1053 Handelns zur Geltung bringen. Bündnisse sind nur dann wirkliche Bündnisse, wenn sie diese Ver-
1054 schiedenheit der Partner respektieren und also auch zur Geltung kommen lassen. Das Hineintra-
1055 gen von Klassenbewusstsein in Bündnisse und die Massen ist nur möglich, wenn die historisch-
1056 materialistische Analyse und Bewertung von Situationen und Ereignissen auch artikuliert werden
1057 kann. Der Aufbau eines antimonopolistischen Bündnisses, sei es auch nur vorübergehend, und die
1058 Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse sind dabei zwei Seiten eines gleichzeitig zu führen-
1059 den Klassenkampfes unserer Zeit. Hierin sieht die DKP ihre Hauptaufgabe und auch den Schlüssel
1060 zu ihrer organisationspolitischen Stärkung. Dieses Land braucht mehr denn je eine starke Deutsche
1061 Kommunistische Partei.